

ÖIF Monitor

Integration & Migration

Mai 2014

Integration in Österreich

Information zur Forderung nach einer Reformierung der Rot-Weiß-Rot-Karte und anderen Integrations-themen aus Österreich auf **Seite 3**

Migration Policies International

Neuigkeiten aus dem Bereich Migration und Integration aus Dänemark, Polen und der Schweiz auf **Seite 4**

Integration in der EU

Eine Zusammenfassung der Schlüsselergebnisse einer Studie zur Meinung der Unionsbürger/innen über EU-Migration auf **Seite 5**

Inhalt

Integration von EU-Bürger/innen	1-2
Ö: Flexibilisierung der Rot-Weiß-Rot-Karte	3
Ö: Aufnahme von weiteren 1000 syrischen Flüchtlingen.....	3
Ö: Aberkennung der Staatsbürgerschaft bei Kriegsbeteiligung ...	3
Migration Policies International.....	4
Integration in der EU	5
Pressebeobachtung.....	6
Kurzmeldungen	6
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF.....	7

Europa und Integration

Mobilität und Freizügigkeit: Integration von EU-Bürger/innen

Aufgrund der EU-Wahlen 2014 stehen die Entwicklungen und Herausforderungen der EU derzeit verstärkt im Blickpunkt. Migration und Integration bleiben besonders intensiv diskutierte Bereiche. Für Österreich ist die EU-Migration ein wichtiger Faktor - mehr als eine halbe Million Menschen in Österreich sind Staatsbürger/innen eines anderen EU-Mitgliedsstaates.

Im Zuge des ÖIF-Magdalena-Gesprächs zum Thema „Freizügigkeit in der Europäischen Union - Chancen und Risiken“ am 13. Mai sprach Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz die Wichtigkeit von Integrationsmaßnahmen für EU-Bürger/innen an. Er befürwortete die Möglichkeit, EU-Förderungen für Deutschkurse nicht wie bisher ausschließlich für Drittstaatsangehörige zur Verfügung

zu stellen, sondern diese EU-Mittel auch für Integrationsmaßnahmen wie Sprachkurse für EU-Bürger/innen verwenden zu können. Die Mobilität und Integration von Unionsbürger/innen ist auch im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Übergangsregelung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien ein seit Monaten stark medial debattiertes Thema. →

→ Fortsetzung von Seite 1
Mobilität und Freizügigkeit: Integration von EU-Bürger/innen

Grundlagen der EU-Mobilität

Als Österreich 1995 der Europäischen Union beitrug, verpflichtete man sich als neuer EU-Mitgliedsstaat, das Regelwerk der Staatengemeinschaft anzunehmen. Ein wesentlicher Eckpfeiler des EU-Binnenmarktes sind die vier Grundfreiheiten der EU, die den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen sicherstellen. Aufmerksamkeit erregt jedoch insbesondere das Thema der Personenfreizügigkeit.

Personenfreizügigkeit in der EU

Geregelt ist die EU-Personenfreizügigkeit in Artikel 21 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und Artikel 45 der EU-Grundrechtecharta. Eingeführt wurde sie erstmals, gleichzeitig mit der Unionsbürgerschaft, mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992. Konkret bezeichnet die Personenfreizügigkeit das Recht aller EU-Bürger/innen, ihren Lebensmittelpunkt in ein anderes Land innerhalb der EU zu verlegen. Implizit haben sie somit das Recht auf freien Arbeitsmarktzugang in einem anderen EU-Land. Davon haben bereits rund elf Millionen Unionsbürger/innen Gebrauch gemacht.

Zuwanderung aus der EU nach Österreich

Von den etwa 8,5 Millionen Menschen in Österreich sind 517.190 Staatsbürger/innen aus einem der anderen 27 EU-Staaten. Die größten Gruppen von EU-Bürger/innen stammen aus folgenden Ländern:

- Deutschland (165.000 Personen)
- Kroatien (62.000 Personen)
- Rumänien (59.000 Personen)
- Polen (50.000 Personen)
- Ungarn (46.000 Personen)

EU-Länder wie Malta (70 Personen), Zypern (150), Estland (400) und Luxemburg (700) sind in Österreich schwach vertreten. Aufgrund der Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger ergibt sich für Österreich ein positiver Wanderungssaldo (Zuzüge aus dem Ausland minus der Wegzüge aus dem Inland). Die Bevölkerungsstruktur, der Arbeitsmarkt und die österreichische Wirtschaft profitieren von diesem Wanderungssaldo. Neuesten Angaben des OECD-Migrationsexperten Thomas Liebig zufolge hat Österreich, gemessen an der Gesamtzahl der Zuwander/innen, den höchsten Anteil an Zuwander/innen aus anderen EU-Staaten.

EU-Wahl 2014

Am 25. Mai 2014 haben Österreicher/innen die Möglichkeit, die 18 Delegierten Österreichs im Europäischen Parlament zu wählen. Insgesamt gibt es im europäischen Parlament 751 Sitze. Die Europawahl ist eine Direktwahl, bei der jede/r Österreicher/in, Auslandsösterreicher/in oder Unionsbürger/in ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich seine Stimme abgeben kann.

DATEN UND FAKTEN EU-Bürger/innen in Österreich

- 517.190 EU-Bürger/innen leben in Österreich
- 70% der ausländischen Studierenden kommen aus der EU
- EU-Bürgerinnen haben mehr Kinder als Österreicherinnen (1,5 vs. 1,34; 2012)
- 1.064 Personen aus EU-Staaten wurden 2013 in Österreich eingebürgert
- Migrant/innen verfügen über ein geringeres Jahresnettoeinkommen als Österreicher/innen (18.798 vs. 22.764 Euro; 2011)

Weitere Informationen finden Sie im Fact Sheet „EU-Migration nach Österreich“ [»» hier](#)

Integration in Österreich

Bundesminister Kurz: Flexibilisierung der Rot- Weiß-Rot-Karte

Integrationsminister Sebastian Kurz erneuerte die bereits im Arbeitsprogramm der Regierung definierte Forderung nach einer Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte.

Seit 2011 besteht die Möglichkeit für Drittstaatsangehörige, die als Schlüsselarbeitskräfte, Höchstqualifizierte oder Studienabsolvent/innen gelten oder in Mangelberufen tätig sind, mittels Rot-Weiß-Rot-Karte (RWR-Karte) in Österreich zu arbeiten. Bisher haben jedoch weitaus weniger Personen diese Möglichkeit in Anspruch genommen als erwartet. Vielmehr verzeichnet Österreich eine Abwanderung von Hochqualifizierten („Brain Drain“). Deshalb forderte Integrationsminister Sebastian Kurz im April erneut die Flexibilisierung der Kriterien für den Erhalt einer RWR-Karte. Ein wichtiges Ziel sei es, Studienabsolvent/innen in Österreich zu halten. Vorschläge zur Flexibilisierung umfassen eine Entbürokratisierung der RWR-Karte, die Absenkung des geforderten Mindesteinkommens, die Verlängerung der gestatteten Aufenthaltsdauer für die Arbeitssuche nach dem Studium sowie eine etwaige Ausweitung des Anspruches auf Absolvent/innen mit Bachelor-Abschluss. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Regierung: Österreich nimmt 1000 weitere syrische Flüchtlinge auf

Die Österreichische Regierung hat sich im April dazu bereit erklärt, 1000 weitere syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Im Vorjahr sicherte Österreich bereits die Aufnahme von 500 Flüchtlingen aus dem Krisenland zu.

Diese Entscheidung werde laut Bundesinnenministerin Mikl-Leitner angesichts der immer gravierenderen Menschenrechtslage in Syrien getroffen – laut UNO-Flüchtlingshochkommissariat beläuft sich die Gesamtzahl der registrierten Flüchtlinge aus Syrien auf beinahe 2,8 Millionen. Außenminister Kurz bezeichnete den Entschluss als Zeichen der internationalen Solidarität. Finanziert werde die Hilfsaktion über EU-Förderprogramme. Weitere Details zur Erweiterung des Aufnahmeprogrammes werden noch erwartet. Bislang steht laut Innenministerin Mikl-Leitner jedoch fest, dass vorrangig besonders Schutzbedürftige wie Frauen und Kinder oder verfolgte Minderheiten wie Christen aufgenommen würden. Es soll erneut ein zweigliedriger Ansatz verfolgt werden – besonders schutzbedürftige Menschen, die bereits Familienangehörige in Österreich haben, stellen eine Gruppe, die zweite Gruppe soll von der UNO vorgeschlagen werden.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Aberkennung der Staatsbürgerschaft bei Kriegsbeteiligung

Die anhaltenden Konflikte in Syrien haben neben der Aufnahme von bis zu 1000 Flüchtlingen auch andere Auswirkungen auf die österreichische Außenpolitik. Während schutzbedürftige Personen aus dem Krisengebiet nach Österreich einreisen, verlassen kampfbereite Jugendliche und Erwachsene das Land, um in Syrien zu kämpfen.

Da Österreich ein neutraler Staat ist, haben auch österreichische Staatsbürger/innen sich nicht an Kriegen in anderen Ländern zu beteiligen, so Innenministerin Johanna Mikl-Leitner in Medienberichten. Um dies zu verdeutlichen und dem Vorhaben einer Kriegsbeteiligung entgegenzuwirken, wird derzeit die Möglichkeit des Entzuges der österreichischen Staatsbürgerschaft (im Falle einer Doppelstaatsbürgerschaft) oder die Aufhebung des Asylstatus debattiert. Eine Person, die nur die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, kann jedoch durch den Entzug der Staatsbürgerschaft nicht staatenlos gemacht werden. Des Weiteren sieht das Innenministerium die Einrichtung einer „De-Radikalisierung-Hotline“ im Rahmen der Polizeiarbeit vor.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Dänemark: Geplante Modifizierung der Green Card-Regelung

Viele hochqualifizierte Migrant/innen in Dänemark arbeiten unter ihrem Qualifikationsniveau. Dies hat zu Kritik an der Green Card-Regelung geführt, die unter anderem dazu beitragen soll, der Nachfrage der dänischen Wirtschaft nach gut qualifizierten Arbeitskräften gerecht zu werden. Die dänische Regierung hat deshalb eine Überarbeitung der Green Card-Regelung angekündigt: Wer es innerhalb von zwei Jahren nicht schafft, ein Einkommen von umgerechnet mindestens 42.000 Euro zu erzielen, müsse das Land wieder verlassen. Das aktuelle System der Green Card basiert auf einem Punkteschema, welches es Drittstaatsangehörigen ermöglicht, in Dänemark erwerbstätig zu werden. Beim Antrag auf eine Green Card müssen mindestens 100 von 400 Punkten erreicht werden, welche etwa für Bildungsstand, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung oder Alter vergeben werden. Zusätzlich müssen Personen über eine unabhängige Krankenversicherung für sich selbst und etwaige Familienmitglieder verfügen und dürfen nicht auf Hilfe für Selbsterhaltungszwecke angewiesen sein. Dänemark hat 2012 insgesamt 1.220 Green Cards vorrangig an Personen aus Pakistan, Iran, Indien, China und Bangladesch vergeben. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Polen: Neues Fremdengesetz und Gesetzesvorschlag zu illegaler Beschäftigung

Im Dezember 2013 unterzeichnete der polnische Präsident ein neues Fremdengesetz mit über 500 Artikeln, welches aufgrund seines großen Umfangs erst am 1. Mai 2014 in Kraft getreten ist. Das Gesetz regelt sämtliche Angelegenheiten rund um Aufenthalt und Arbeit in Polen. Zu den Neuheiten zählen u.a. eine Vereinfachung und Harmonisierung des Antragsverfahrens für Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen und eine Verlängerung der Gültigkeit der temporären Aufenthaltsgenehmigung auf drei Jahre. Anlässlich dieser Veränderung wurden auch Beiträge der Homepage des „Office for Foreigners“ (<http://www.cudzoziemcy.gov.pl/>) mehrsprachig gestaltet, um Zuwander/innen eine bessere Informationsmöglichkeit über Themen wie Gesetzesänderungen, Aufenthalt, Beschäftigung, Ehe usw. zu bieten. Weiters wurde dem polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski am 14. April ein Entwurf zur Änderung des Gesetzes über Beschäftigung, Förderung und Arbeitsmarkt vorgelegt. Dieser sieht vor, dass im Falle illegaler Beschäftigungsverhältnisse nicht mehr die arbeitnehmende Person zur Verantwortung gezogen wird, sondern vielmehr die Arbeitgeber mit rechtlichen Konsequenzen zu rechnen haben. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Schweiz: Entwicklungen nach dem Zuwanderungsreferendum

Nach dem Aussetzen der Verhandlungen über Forschungs- und Studierendenaustauschprogramme zwischen der Schweiz und der EU präsentierte die Schweiz eine Entscheidung bezüglich der Umsetzung des Referendums. Laut Erklärung des Bundesrates vom 30. April 2014 soll das jüngste EU-Mitglied Kroatien nicht gegenüber anderen EU-Staaten diskriminiert werden: Kroatische Staatsangehörige sollen ab Juli Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt haben, doch nach dem Referendum entfiel die Unterzeichnung des vorgesehenen Abkommens. Nun wird laut Bundesrat ein jährliches Kontingent an Aufenthaltsbewilligungen für Kroat/innen zur Verfügung stehen, die Schweiz wird in Kroatien erworbene Berufsqualifikationen anerkennen und den vor dem Referendum akkordierten finanziellen Erweiterungsbeitrag an Kroatien zahlen. Am 11. April legten auch die Wirtschaftsverbände der Schweiz einen Vorschlag zur Umsetzung der Volksbefragungsinitiative vor. Wesentlicher Punkt: Personen, die nur für ein Jahr in der Schweiz arbeiten, sollen von einer Kontingentierung ausgenommen werden. Ein weiterer Vorschlag sieht eine Ausnahmewilligung für Forscher/innen, Fachleute und Spezialist/innen vor. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in der EU

Irland: Studie zur Meinung der EU-Länder über Integration

Eine Studie der Universität Limerick in Irland analysiert die Entwicklung der Meinungen über Zuwanderung und Migrant/innen in verschiedenen europäischen Ländern in den Jahren 2002 bis 2010. Dabei hat Irland selbst eine interessante Migrationsgeschichte, welche die aktuellen – weniger positiven – Einstellungen zu Migration veranschaulicht.

Dieser Studie der Universität Limerick zufolge, in welcher 12 europäische Länder verglichen wurden, lassen sich in Irland, Spanien und Griechenland die signifikantesten negativen Veränderungen im Meinungsbild über Zuwander/innen erkennen. Zurückzuführen könnte dies auf die Wirtschaftskrise sein, da eben diese Länder am stärksten von der Krise getroffen waren. Das positivste Meinungsbild über Zuwanderung wurde in den wirtschaftlich relativ stabilen Länder Schweden und Dänemark verzeichnet.

Migrationsgeschichte Irlands

Vor allem die Situation in Irland ist interessant: Irland zeichnete sich lange durch eine schrumpfende Bevölkerung und hohe Auswanderungsquoten aus. Erst in den 60er Jahren, als die irische Wirtschaft sich erholte, ging die Auswanderungszahl

der Iren und Irinnen zurück. In Folge des Wirtschaftswachstums kam es zu einer Rückkehr von Iren und Irinnen aus dem Ausland. Als das Land 2004 die Zuwanderungsbeschränkungen für EU-Bürger/innen aufhob, vollzog sich ein Wandel. Ausländische Zuwander/innen entschlossen sich zum Zeitpunkt des Konjunkturhochs 2006 aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der Arbeitsmarktchancen nach Irland zu kommen. Zwischen 2005 und 2008 waren etwa 44% aller Zuwander/innen und 54% der nicht-irischen Zuwander/innen Staatsangehörige der 2004 beigetretenen EU-Länder oder Rumäniens und Bulgariens, die 2007 beitraten.

Aktuelle Zuwanderung

2011 lebten 500.000 Zuwander/innen in Irland, doppelt so viele wie 2002. Das Central Statistics Office gab bekannt, dass 40.000 Personen zwischen April 2012 und April 2013 nach Irland kamen. Dieser Trend scheint sich negativ auf die Meinung der Bevölkerung auszuwirken. Die Studie der Universität Limerick zeigt, dass sich der Anteil der Befragten mit negativen Einstellungen über Zuwanderung von mehr als 16% im Jahr 2006 auf 38% im Jahr 2010 mehr als verdoppelte. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in der EU

EU-Strategien zur Unterstützung von Roma

Im April 2014 fand der vierte Roma-Gipfel in Brüssel statt. Ziel des Gipfels ist die EU-weite Zusammenarbeit zur Verbesserung der Situation von Roma.

2011 wurden diesbezüglich Strategien in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnen formuliert. Diese dritte Einberufung eines Gipfels geht mit der Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der nationalen Strategien durch die Europäische Kommission einher. Folgende Fortschritte konnten ausgemacht werden:

- Der Anteil an Roma-Kindern im Vorschulalter, die einen Kindergarten besuchen, ist in Finnland von 2% auf 60% gestiegen.
- In Irland können nun „mitreisende Lehrkräfte“ häufig umziehende Roma-Familien begleiten.
- In Deutschland wurde eine Taskforce eingerichtet, um die Bürger/innen zu ermutigen, Roma als Nachbar/innen zu akzeptieren.
- Die Slowakei hat vorübergehende Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung eingeleitet.

Anstehender Handlungsbedarf wird in den Bereichen Beschäftigungsquoten, Gesundheitsversorgung und Diskriminierung ausgemacht. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Pressebeobachtung: Integration und Migration

Worüber wurde im April berichtet?

Im April fanden verstärkt nationale Entwicklungen im Bereich Integration Einzug in die Medien. Berichte und Erzählungen anlässlich des Gedenkjahres zum Ersten Weltkrieg befassten sich kontinuierlich mit Themen rund um Flucht und Wanderungsbewegungen.

Das wiederkehrende Thema auf internationaler Ebene war einmal mehr die Situation der Flüchtlinge an den Südgrenzen Europas. Die veröffentlichten Zahlen zu den seit 2000 verstorbenen oder vermissten Flüchtlingen auf dem Weg nach Europa (23.000 Tote) sorgte für Schlagzeilen. Ebenso spiegelte sich das Thema der Migration als EU-Wahlkampfthema auch in den Medien wider. Diverse Beiträge zu den Folgen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Bulgarien und Rumänien zeigen weiterhin verschiedene Blickpunkte auf das Thema.

Internationaler Tag der Roma

Rund um den 8. April, internationaler Tag der Roma, wurde die Lage der Gruppen der Roma und Sinti in Europa thematisiert. Es wurde über zunehmende Übergriffe und eine anhaltende Benachteiligung berichtet sowie über die Forderungen der Roma in Österreich nach einem

Volkgruppenkommissar auf Ebene der Europäischen Union, um ihre Interessen besser vertreten zu sehen.

Gesellschaftsklimatag

In diesem Jahr wurde in Österreich zum ersten Mal der Gesellschaftsklimatag organisiert, der positives Zusammenleben und Vielfalt in den Mittelpunkt stellt. Diesbezüglich wurde rund um dem 25. April verstärkt über Migrationsthemen in Österreich berichtet, unter anderem über die veröffentlichten Szenarien zur Frage, wie Österreich ohne Migrant/innen aussehen würde.

Österreich: Expertenrat für Migration

Angekündigt wurde in der ersten Aprilwoche der neue, vom Bundesinnenministerium koordinierte und aus einem Expert/innen-Gremium bestehende Migrationsrat, dessen Aufgabe sein wird, Empfehlungen in 10 Arbeitsfeldern auszuarbeiten und somit die Regierung zu unterstützen.

Ebenfalls bekanntgegeben und von den Medien aufgegriffen wurde die Einrichtung eines weiteren Integrationszentrums des Österreichischen Integrationsfonds in Kärnten.

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»»**Schengen-Visumspflicht entfällt für Moldawien** — Seit 28. April können sich moldawische Bürger/innen 90 Tage ohne Visum in der EU aufhalten. Voraussetzung: ein biometrischer Pass.««««

»»»**Deutschland will strengere Kontrollen des Kindergeldes für EU-Ausländer/innen** — Laut Plan der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollen nur noch einkommenssteuerpflichtige EU-Bürger/innen Anspruch auf Kindergeld haben.««««

»»»**Initiative gegen Sozialdumping in Dänemark** — In Kopenhagen soll ab 1.7.2014 eine exklusiv etablierte Task-Force Gruppe an die 400 Unternehmen, wie etwa Pflegeheime oder Transportfirmen, unter die Lupe nehmen, um so dem steigenden und wirtschaftshemmenden Sozialdumping entgegen zu wirken.««««

»»»**Neue Tests für spanische Staatsbürgerschaft** — Laut Justizminister soll künftig eine Feststellung von Sprachkenntnissen und Allgemeinwissen zu objektiveren Entscheiden führen.««««

»»»**Arbeitsmarktzugang für Asylwerber/innen in Deutschland** — Eine Gesetzesänderung soll es ihnen ermöglichen, nach drei Monaten ihren Lebensunterhalt zu verdienen.««««

Publikationen



Statistische Broschüre, Schwerpunkt Arbeit & Beruf

Österreichischer Integrations-
fonds

Die Broschüre bietet aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Erwerbstätigkeit von Migrantinnen und Migranten.

Bestellinformationen [»» hier](#)



ÖIF-Dossier N°33: Erwerbstätige Zuwander/innen in Österreich

Österreichischer Integrationsfonds
Eine wissenschaftliche Auseinander-
setzung mit jugendlichen, erwachsenen
und älteren Migrant/innen und
ihrer Situation am österreichischen Arbeitsmarkt.

Bestellinformationen [»» hier](#)



Gesetzessammlung Asyl- und Fremdenrecht

Peyrl Johannes ua., ÖGB-Verlag

Die umfangreiche Gesetzessamm-
lung bündelt sämtliche Gesetze und
Verordnungen zu den für Asyl- und
Fremdenrecht relevanten Themen.

ISBN: 978-3-99046-023-8, EUR 49,00

Weitere Informationen [»» hier](#)

Termine

16. JUNI

Symposium „50 Jahre Anwerbeabkommen Österreich – Türkei“

Die Veranstaltung anlässlich des Jubiläums des Anwerbeabkommens wird vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres organisiert. Wo: Marmorsaal, Minoritenplatz 8, Wien; Wann: 9:30–16:30.

Weitere Informationen [»» hier](#)

25. JUNI

Tagung „G'lernt is g'lernt – Anerkennung ausländischer Qualifikationen und informeller Kompetenzen in Österreich“

Die Veranstaltung wird vom ÖIF in Kooperation mit abif organisiert. Wo: Integrationszentrum Wien des Österreichischen Integrationsfonds; Wann: 10:30–16:00.

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

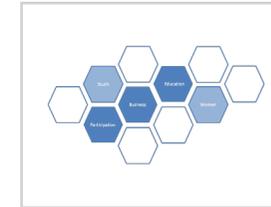
2. JUNI

Konferenz „Mitgebrachte Qualifikationen: Zeit für Anerkennung!“

Expert/innen diskutieren internationale Modelle und neue Ansätze zur verbesserten Anerkennung von Qualifikationen und zur Arbeitsmarktintegration. Wo: Technische Universität Wien; Wann: 10:30–15:30

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

Neues vom ÖIF



Intercultural Achievement Award - Sonderpreis Integration

Im Zuge des vom Bundesministerium für Europa, Integration und

Äußeres ausgeschriebenen Intercultural Achievement Award vergibt der ÖIF einen Sonderpreis für Integration. Bewerben können sich gemeinnützige Organisationen mit Tätigkeitsbereich und Sitz in Österreich, die sich für die Stärkung des interkulturellen Dialoges einsetzen.

Weitere Informationen [»» hier](#)



ZUSAMMEN:ÖSTER- REICH-Vereinspreis 2014

Erstmals vergibt der ÖIF in Kooperation mit Post und BAWAG P.S.K den Vereinspreis von

ZUSAMMEN:ÖSTERREICH. Vereine, bei denen das Miteinander vor der Herkunft steht, können sich bewerben. Weitere Informationen [»» hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 – 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impressum abgerufen werden.